

Ein schönes Versprechen

Am 8. März ist Internationaler Frauentag. Kein Feiertag wie der 1. Mai, auch kein Gedenktag – es geht schlicht darum, auf ein Problem aufmerksam zu machen: Frauen sind zwar rechtlich den Männern gleichgestellt, aber in der Realität sieht es ganz anders aus. Je weiter man in der betrieblichen Hierarchie nach oben kommt, umso seltener trifft man auf Frauen.

Die aktuelle Regierung streitet sich in der ihr eigenen Art über eine Quote für das Management. Die Idee klingt gut, doch wie will man diesen Zustand erreichen? In der ersten Regierung Schröder gab es schon einmal eine ähnliche Initiative. Man wollte sogar ein Gesetz machen, das die Frauen auf allen Ebenen der Hierarchie fördern sollte. Bei ausreichender Qualifikation sollten sie grundsätzlich den Vorrang vor männlichen Bewerbern haben, bis ein bestimmter Anteil von z. B. 40 % erreicht war.

Hätte man dies realisiert, wäre nicht nur die deutsche Wertarbeit, sondern das gesamte Abendland in ernsthafte Gefahr geraten. So sahen es jedenfalls wichtige Entscheidungsträger aus den großen Wirtschaftsverbänden. Der „Genosse der Bosse“ gab nach. Am 2. Juli 2001 schloss die Bundesregierung eine „Vereinbarung“ mit der BDA, dem Bundesverband der deutschen Industrie (BDI), dem Deutschen Industrie- und Handelstag (DIHT) und dem ZDH, der für das Handwerk sprach. Danach sollten sich diese Verbände bei ihren Mitgliedsunternehmen dafür einsetzen, dass sie „betriebliche Maßnahmen zur Verbesserung der Chancengleichheit von Frauen und Männern sowie der Familienfreundlichkeit ergreifen“. Weiter hieß es: „Solange die Vereinbarung erfolgreich umgesetzt wird, wird die Bundesregierung keine Initiative ergreifen, um die Chancengleichheit von Frauen und Männern auf gesetzlichem Wege zu erreichen.“

Irgendwie scheint das Bemühen nicht besonders intensiv, jedenfalls nicht erfolgreich gewesen zu sein. Die Bundesregierung war ihrerseits ersichtlich durch wichtigere Dinge absorbiert. Die Vereinbarung war unter www.bundesregierung.de noch am 30.5.2005 abrufbar, aber von einer Erfolgskontrolle war nirgends die Rede. Die letzte damals verfügbare Information war eine Erklärung über das Gespräch des Kanzlers mit dem Vorstand des Deutschen Frauenrats, das am 10. 7. 2003 stattgefunden hatte.

Zu einem unbekanntem Zeitpunkt verschwand die „Vereinbarung“ dann im Bermudadreieck; sie wurde aus dem Netz genommen. Warum hätte man sie auch stehen lassen sollen? Es gibt genügend unbequeme Fragen, mit denen sich eine Bundesregierung herumschlagen muss. Ist es da nicht eine kluge Entscheidung, wenigstens eine davon stillschweigend zu beerdigen?

Fundstelle: Der Betriebsrat (dbr) Heft 3/2011 S. 3